



Runder Tisch Pumpspeicherkraftwerk Atdorf

Michaele Hustedt, Moderatorin

fon 0172 – 321 30 28

fax 030 - 859 66 252

mail hustedt@runder-tisch-atorf.de

A b s c h l u s s b e r i c h t zum Runden Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf

21. November 2012

von Michaele Hustedt (CPC Berlin), Moderatorin

I N D E X

1. Einleitung: Die Energiewende braucht den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern.
2. Einordnung des Runden Tisches in den gesamten Entscheidungsprozess
3. Einschätzung zu den inhaltlichen Ergebnissen und Empfehlungen für den Nachfolgeprozess
4. Empfehlungen zur Strukturierung für künftige Runde Tische mit vergleichbarer Zielsetzung
5. War der Runde Tisch Atdorf erfolgreich?
6. Dank

1. Einleitung: Die Energiewende braucht den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger

Erstmals seit Jahrzehnten sind sich alle politischen Richtungen in den wesentlichen Zielen der Energiepolitik einig:

- Atomausstieg
- Reduktion der fossilen Energieträger
- Zügiger Ausbau der Erneuerbaren Energien
- Deutliche Steigerung der Energieeffizienz und des Energiesparens

Dies ist eine große Chance, aber auch eine große Herausforderung.

Denn zum einen sind dafür umfangreiche Investitionen in Anlagen der Wind-, Sonne-, Bioenergie und Erdwärme nötig ebenso wie Investitionen in Netze und Speicher, die eben auch Eingriffe in die Natur bedeuten, das Landschaftsbild verändern und Anwohner betreffen. Zum anderen betreten wir mit den Zielen selbst Neuland. Eine Land, zudem ein Industrieland (!), das sich zu 50 % oder gar zu 100 % aus Erneuerbaren mit einem hohen Anteil fluktuierende Energiequellen wie Wind und Sonnenenergie versorgt und somit als Vorbild dienen könnte, gibt es bisher nicht.

In der heutigen Zeit reichen parlamentarische Mehrheiten allein nicht mehr aus, um derart große Investitionen abzusichern.

Eine der Ursachen ist ein nachlassendes Vertrauen in die parlamentarische Demokratie. Das Vertrauen, dass im Parlament ausreichend durchdachte und gerechte politische Entscheidungen getroffen werden, wird geringer, nicht zuletzt auch durch die Finanz- und Schuldenkrise, die bei vielen Menschen den Eindruck erzeugt, dass die Politik den Geschehnissen hilflos hinterher läuft und anonyme und nicht demokratisch legitimierte Märkte und Banken sowohl Handlungstempo als auch Inhalte bestimmen. Unter Aushebelung einer gründlichen parlamentarischen Beratung werden Entscheidungen in einer Kurzfristigkeit getroffen, die in einem krassen Missverhältnis zu deren langfristige Folgen stehen. Es mag sein, dass dies in bestimmten Zeiten und bei bestimmten Themen unvermeidlich ist. Aber dieses Vorgehen der „alternativlosen“ Entscheidungen führt bei vielen Menschen eben auch zu einer verstärkten Distanz zu Parlament und Regierung.

Ein anderer Grund ist das wachsende Selbstbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv einmischen wollen und können. Bemerkenswert ist, dass bei den aktuellen außerparlamentarischen Bewegungen im Vergleich zu früher der Anteil älterer Menschen deutlich höher ist. Waren früher doch eher junge Menschen Motor der Bewegungen, so sind es heute oft in Beruf und Familie erfahrene Menschen, die sich – gut ausgebildet, thematisch kompetent und mit dem notwendigen persönlichen Zeitbudget ausgestattet - sinnvoll an der Mitgestaltung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse beteiligen wollen. Wenn man dieses Potenzial an kritischer Intelligenz und Erfahrung nicht nur für bloße „Gegen-Bewegungen“ eingesetzt sehen will, muss die Gesellschaft für Menschen aller Generationen Angebote entwickeln und bereit halten, wie sie produktiv beteiligt werden können. Grundlegende Veränderungen wie die unseres gesamten Energieversorgungssystems müssen in Prozessen erarbeitet werden, an denen Zivilgesellschaft und BürgerInnen weitestgehend und mitgestaltend beteiligt sein können, besser noch: von denen sie am Ende – wie z.B. von der Energiewende - auch profitieren können. Dann besteht auch die Chance, lediglich nach dem „St. Florians-Prinzip“ Agierende, die es bei vielen Projekten und in allen Parteien gibt, mitzunehmen.

Umweltverbände vor schwierigen Entscheidungen

Nicht zuletzt: Viele Menschen und gesellschaftliche Gruppen, insbesondere die Umweltverbände, stehen vor einem schwierigen Zielkonflikt: Sollen sie Eingriffen in die Natur zustimmen, wenn es dem Klimaschutz dient? Die Antwort kann nur ein sorgfältiger Abwägungsprozess sein, an dessen Ende nicht immer, aber immer wieder auch ausreichend viele Ja zu Investitionen in den Klimaschutz stehen müssen. Dieser Diskussion müssen sich die Umweltverbände ehrlich stellen. Weder darf man auf Landes- und Bundesebene forcierten Klimaschutz fordern und zugleich aus Gründen des Naturschutzes vor Ort zu viele Projekte verhindern, noch darf man aus diesem Dilemma entweichen, indem man sich illusorische Lösungskonzepte bastelt.

Deshalb stehen wir vor der Aufgabe, ergänzend zur repräsentativen Institutionen-Demokratie verstärkt Elemente der direkten Partizipation zu entwickeln und einzusetzen. Das Ziel ist, Bürgerinnen und Bürger sowie die Zivilgesellschaft wie z.B. Umwelt-, Naturschutz- und Tourismusverbände mitzunehmen, so dass notwendige Investitionen in die Energiewende umgesetzt werden können.

Um es ganz deutlich zu sagen: Das heißt nicht, dass jedes Projekt, das mit Klimaschutz begründet wird, umgesetzt werden muss. Aber andererseits können

auch nicht alle Projekte abgelehnt werden mit dem Verweis darauf, dass es woanders Alternativen gibt. Insgesamt stehen wir unter einem ungeheueren Zeitdruck, wenn man tatsächlich weitreichende Folgen des Klimawandels noch verhindern will. Der beschlossene Atomausstieg macht zudem einen zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Netze und der Speicher notwendig, will man nicht doch wieder auf Kohlekraftwerke setzen. Und wie oben schon erwähnt: Wir wissen noch nicht genau, wie die Zukunft einer klimafreundlichen Energieversorgung tatsächlich genau aussieht.

Daraus ergeben sich für mich zwei Schlussfolgerungen:

1. **Die neuen Instrumente der direkten Demokratie dürfen insgesamt die Entscheidungsprozesse nicht verlängern.**
2. **Wir können nicht auf einen „Gesamt-Masterplan“ warten, den es wahrscheinlich nie geben wird, sondern müssen hier und heute mit den Investitionen beginnen und auf dem Weg Schritt für Schritt gemeinsam lernen, was die jeweils nächsten sinnvollen Schritte sind.**

Wer ist verantwortlich für die stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und welche Rolle haben die Politik und der Investor?

Die Politik überlässt die Energiewirtschaft nicht einfach dem freien Markt, sondern setzt Ziele und Rahmenbedingungen, um die Entwicklung zu steuern. Dafür gibt es gute Gründe: Klimaschutz, Risikominimierung, Versorgungssicherheit, Innovationsanreize, Entwicklung der ländlichen Räume ... Die jetzt vorhandene Einigkeit bezüglich der Ziele und der Richtung bedeutet aber nicht, dass sich die Politik bzw. die PolitikerInnen bei der Durchsetzung vor Ort aus der Verantwortung stehlen dürfen.

Häufig geht es bei den Konflikten um energiewirtschaftliche Projekte um Interessen der Anwohner und/oder der Naturschützer vor Ort versus übergeordnete Interessen der Energiewende. Die Politik hat deshalb die Verantwortung für einen parallelen, großen gesellschaftlichen Dialog.

Erstens muss sie vor Ort bei den Projekten in der Diskussion mit AnwohnerInnen und NaturschützerInnen ihre Energiepolitik zur Diskussion stellen. Das bedeutet: Energiewende mit einer Politik auf Augenhöhe verlangt Zuhören, aber auch Position beziehen. Denn sonst ist kein Dialog und Ausgleich zwischen lokalen und übergeordneten Interessen möglich. Insofern war die Kritik der BI an Minister Franz Untersteller unangebracht, als er beim Runden Tisch, nachdem er lange der Grundsatzdebatte zugehört hat, Position für Pumpspeicherwerke in Deutschland bezogen hat. Politiker, die sich mit Ihrer Position nicht der Diskussion stellen, brauchen wir nicht.

Zweitens muss die Politik den grundsätzlichen Dialogprozess unterstützen und fördern. Dafür gibt es schon gute Ansätze: Z.B. das Forum Netzintegration, angesiedelt bei der deutschen Umwelthilfe, gefördert vom Bundesumweltministerium, in dem Investoren, Anwohner und Verbände sich über das Wie des notwendigen Netzausbaus verständigen; oder der Wettbewerb der Bioenergieregionen, gefördert durch das Bundesministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, bei dem die Entwicklung von regionalen Netzwerken zum Ausbau der Bioenergie honoriert wird. Ziel muss es sein, dass es bei den Bürgerinnen und Bürgern von einer prinzipiellen, aber passiven Zustimmung zur Energiewende zu einer aktiven Beteiligung an konkreten Projekten kommen kann. Jede Region sollte sich in moderierten Prozessen fragen: Was ist unser Beitrag zur Energiewende? Wo liegen unsere Stärken? Wie können die Kommunen, die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort optimal profitieren? So erarbeitete

Investitionspläne werden dann vor Ort auch auf positivere Resonanz stoßen. Verantwortlich dafür sind zuallererst die Kommunalpolitikerinnen. Aber Bundesländer und Bund müssten hier noch wesentlich mehr Unterstützung leisten. Dazu könnten gehören:

- Förderinstrumente zur Netzwerkbildung,
- Aufarbeitung der Erfahrungen, damit nicht jede Region das Rad neu erfinden muss,
- Ausbildung und Austausch von Mediatoren und ModeratorInnen der Energiewende,
- Neustrukturierung der Genehmigungsverfahren mit größerer Bürgernähe, ohne diese zeitlich auszudehnen.

Eine ungewöhnlich Idee wäre, dass jede Region eine Vorgabe bekommt, wie viel CO₂ sie einzusparen hat.

„Politik auf Augenhöhe“ verlangt die Weiterentwicklung des Instrumentariums dafür.

Drittens braucht es auf Landes- und Bundesebene organisierte Dialoge über die Ausgestaltung der künftigen Energiewirtschaft mit der Zivilgesellschaft, d.h. mit Umweltverbänden, Verbraucherschützern, Unternehmen (große und kleine Energieunternehmen, Unternehmen, die Erneuerbare Energien produzieren, planen oder installieren, Land- und Forstwirtschaft, Unternehmen der Baubranche, Wissenschaft usw.). Nur so kann es auch mehr demokratische Legitimation und Akzeptanz geben.

Dies alles muss die Politik leisten und kann es nicht auf die Investoren abwälzen. Ändern müssen sich allerdings auch diese: Sie müssen ebenfalls, wenn sie konkret eine Investition planen, deutlich früher und deutlich mehr Transparenz zeigen, neue Formen des Dialogs früher als bisher einrichten, nutzen und finanzieren, bereit sein, Anregungen auch aufzunehmen u.a.m.

Das Pumpspeicherwerk Atdorf ist die zweitgrößte Investition, die zur Zeit in Baden-Württemberg (neben Stuttgart 21) ansteht. Es besteht Konsens darüber, dass wir für die Zukunft der Energieversorgung deutlich mehr Speicher brauchen, um die fluktuierenden Energien wie Wind- und Sonnenenergie zu speichern, wenn sie zu viel produzieren, und diese Energie wieder abrufen zu können, wenn wir sie benötigen. Zudem debattieren wir bundesweit über die Frage, wie die Investitionen der Energiewende Akzeptanz bekommen können: Die grün-rote Landesregierung hat eine Politik auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern versprochen.

Zusammen genommen macht dies deutlich: **Der Runde Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf war und ist ein Beitrag zur Stärkung der direkten Demokratie, der weit über die Region hinaus Bedeutung hat.** Aus diesem Prozess kann und sollte man vieles lernen für weitere künftige Prozesse und Genehmigungsverfahren der Energiewende. Runde Tische sind ein möglicher Bestandteil moderner künftiger Genehmigungsverfahren bundesweit. Der Runde Tisch PSW Atdorf setzt deshalb Maßstäbe und ist zugleich Teil eines gemeinsamen Lernprozesses aller Beteiligten. **Insofern macht es Sinn, mit etwas Abstand diesen Prozess noch einmal zu durchdenken und daraus Schlussfolgerungen für die Region, aber auch für künftige Genehmigungsverfahren in Baden Württemberg und bundesweit zu ziehen.**

Dieser Abschlussbericht ist mein Beitrag dazu.

2. Einordnung des Runden Tisches in den Entscheidungsprozess insgesamt

2.1 Runde Tische in Abgrenzung zu Genehmigungsverfahren per Gesetz

Die vom Gesetz vorgesehene Genehmigungsverfahren enthalten durchaus schon Elemente von Bürgerbeteiligung. Den meisten BürgerInnen in Deutschland sind ihre Beteiligungsrechte bei Infrastrukturprojekten aber praktisch unbekannt. Wenn die Mitwirkungsrechte aber doch bekannt sind, werden sie überwiegend als wirkungslos eingeschätzt (Ergebnis eine Repräsentativbefragung der Change Centre Foundation vom November 2011). Diese Verfahren sind deshalb etwas für absolute Spezialisten, die sich mit der Planung fachspezifisch und mit großer Detailtiefe beschäftigen und sich dabei lediglich auf die Frage konzentrieren, ob der Investor die gesetzlichen Rahmenbedingungen einhält. Tut er dies, so hat er ein Recht auf die Investition.

Anders als bei Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren wird sich bei Runden Tischen bewusst bemüht, die Fakten so zu vermitteln, dass auch Laien die komplexen Inhalte verstehen können. Durch die Herstellung von Öffentlichkeit über Zuschauer, Livestream, Public Viewing und Teilnahme der Presse mit intensiver Medienberichterstattung kann jeder den Prozess verfolgen und sich eine Meinung bilden. Zudem können Themen angesprochen werden wie z.B. die touristische Entwicklung oder der Benefit der Region durch ein Projekt der Energiewende, die in den gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren keine oder allenfalls eine randständige Rolle spielen. Runde Tische können also durch ihre Bürgernähe und die kompakte und transparente Diskussion ein Kristallisationsprozess werden

- für den Ausgleich der Interessen in der Region,
- um faire Kompromisse zu finden und
- um neue Impulse für den Naturschutz, den Tourismus, die Wirtschaft und die Energiewende vor Ort zu setzen.

Insofern stellen Runde Tisch eine gute Ergänzung zum vom Gesetz vorgeschriebenen Genehmigungsverfahren dar.

Angesichts der Notwendigkeit, Genehmigungsverfahren eher zu verkürzen als zu verlängern, muss aber darüber nachgedacht werden, wie diese miteinander verzahnt werden können. Eine Idee wäre, diese parallel laufen zu lassen. Das würde aber sowohl Investor als auch Zivilgesellschaft überfordern. Schaltet man sie hintereinander, muss man die Dauer der Runden Tische einerseits überschaubar halten und andererseits darüber nachdenken, ob es Möglichkeiten gibt, das Genehmigungsverfahren zu verkürzen.

2.2 Runde Tische in Abgrenzung zu anderen

Bürgerbeteiligungsverfahren

Es gibt viele Instrumente der direkten Demokratie. Dazu gehören Volksabstimmungen, offene Diskussionsveranstaltungen, moderierte Bürgerprozesse, Werkstätten, Internetverfahren, Mediationen, Open Space, Planspiele etc. Welchen Beitrag können Runde Tische leisten? Wann ist ein Runder Tisch in Abgrenzung zu den anderen Verfahren die geeignetste Methode?

Unterscheidet man die Instrumente zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Bürger in passive und aktivierende Verfahren, so liegt die Methode „Runder Tisch“ dazwischen. Sie gibt den Beteiligten wesentlich mehr Möglichkeiten, aktiv mitzugestalten als z.B. Abstimmungen (bei denen es ja nur um Ja oder Nein

geht) oder allgemeine Öffentlichkeitsveranstaltungen (die i.d.R. keine Prozesse in Gang setzen). Andere Verfahren aber wie z.B. Zukunftswerkstätten oder Open-Space-Verfahren geben den Beteiligten deutlich mehr Möglichkeiten der Mitgestaltung an dem, was geschehen soll. Es geht dabei nicht nur um das Ja oder Nein oder um das Wie eines Vorhabens, sondern sie sind völlig offen im Ausgang. Welches Instrument Sinn macht, hängt vom Stand des Verfahrens ab. Vereinfacht gesagt: Steht man ganz am Anfang des Prozesses, sollte man möglichst aktivierende Verfahren wählen, mit einem Höchstmaß an Offenheit im Ausgang. Steht man am Ende des Prozesses, ist eine einfache Ja/Nein-Abstimmung auch ein Mittel der Wahl. Beim Pumpspeicherkraftwerk Atdorf, wo der Prozess ungefähr in der Mitte liegt, war der Runde Tisch insofern durchaus ein geeignetes Instrument.

Runde Tische sind Instrumente, um die Zivilgesellschaft einzubeziehen. Sie sind kein Instrument unmittelbarer BürgerInnenbeteiligung. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren aber von der Herstellung der Transparenz und der Öffentlichkeit und können sich so eine fundierte Meinung bilden. Sie nehmen zudem mittelbar teil, indem sie in ihren Interessen vertreten werden durch Verbände, Bürgerinitiativen, Bürgermeister etc. Am Runden Tisch kann auf hohem Niveau und sehr intensiv debattiert werden, und es kann um Kompromisse gerungen werden.

2.3 Runde Tische und Medien

Runde Tische können dazu beitragen, dass die Medienberichterstattung näher an den tatsächlichen Interessenslagen erfolgt:

In den Medien werden Themen häufig sehr vereinfacht, und - was noch viel problematischer ist - die Presse neigt dazu, in Schwarz-Weiß-Bildern zu berichten: BI gegen den Investor, David gegen Goliath. Die Wirklichkeit ist aber multipolar und differenzierter: Es gibt Anwohner und Bürgermeister, die im Prinzip für das Projekt sind, aber vehement dafür kämpfen, dass die Lärm- und Staubbelastung während der Bauphase möglichst gering bleibt. Man kann gegen das Projekt sein und sich trotzdem freuen, dass die Kommunen umsonst eine modernisierte Wasserversorgung bekommen. Es gibt örtliche Unternehmen, die den legitimen Wunsch haben, von dem Projekt zu profitieren, Gegner, die sich erwärmen können für die Idee einer Initialzündung, wie die Region stärker von der Energiewende profitieren könnte. Und es gibt Hoteliers, die zwar Gefahren für den Tourismus sehen, sich aber über die Belegung ihrer Häuser während der Bauphase freuen usw.

All das kann am Runden Tisch zur Sprache kommen, berücksichtigt werden und seine Würdigung erfahren. So kann es auch gelingen, wenn die Presse aktiv beteiligt wird, dass der Prozess in seiner Komplexität dargestellt wird.

2.4 Umgang mit unterschiedlichen Risikobewertungen

Bei großen Investitionsvorhaben gibt es berechnete, z.T. aber auch übersteigerte Bedenken oder sogar Ängste. Von allen Beteiligten ist zu wünschen, irrationale Ängste nicht zu fördern. Bei verständlichen Sorgen und Ängsten aber reden Naturwissenschaftler und Ingenieure sehr häufig an den Menschen vorbei. Darunter leiden alle Seiten: die Techniker, die sich missverstanden fühlen und nicht wissen, warum sie nicht überzeugen, genauso wie die BürgerInnen, die das Gefühl haben, sie können ja gar nicht bewerten, ob das, was da behauptet wird, stimmt oder nicht. Vertrauen in komplexe und technische Zusammenhänge aufzubauen ist z.B. möglich, wenn die Betroffenen einen Sachverständigen/eine Sachver-

ständige ihrer Wahl bestellen können und bezahlt bekommen, der/die für sie die Gutachten kritisch prüft und erklärt bzw. auch eigenen Vorschläge entwickelt.

Letztlich ist es der gesamte Ablauf des Prozesses „Runder Tisch“ selbst, der Vertrauen aufbauen kann. Dies kostet allerdings Zeit und Geld, Zeit, die sich Investoren nehmen sollten, Geld, das sich letzten Endes auch für die Investoren auszahlen kann.

Besonders schwierig ist der Umgang mit der Bewertung von Restrisiken. Die subjektive Wahrnehmung und Bewertung von Risiken ist etwas anderes als deren rein wissenschaftliche Bewertung. 100%ige Sicherheit, so vorsichtig man auch ist, gibt es nie. Dies wird ja in manchen Bereichen auch so akzeptiert, z.B. im Straßenverkehr, dem alltäglichen Technikbereich mit den meisten Opfern. Bei allen Sicherheitsvorkehrungen (Führerschein, Airbag, Verkehrsregelungen usw.) ist man doch bereit, ein gewisses Restrisiko für den einzelnen in Kauf zu nehmen, weil die Notwendigkeit des Systems bzw. dessen Sinn und Zweck eingesehen werden. Das Restrisiko energiewirtschaftlicher Großprojekte ist dagegen schwieriger, im Falle der Atomkraft im Grunde gar nicht zu akzeptieren. Bei Projekten der Energiewende kann die Einsicht in die tatsächlich um Größenordnungen wesentlich kleinere Risikodimension sowie in Sinn, Notwendigkeit und Nutzen eines Projektes dazu beitragen, Ängste zu nehmen. Unverzichtbar bleibt der Nachweis, dass alles Menschmögliche getan wird, um Risiken zu minimieren.

Nüchterne Grenzwertdebatten alleine sind oft nicht zielführend und verbergen ein „versteckte Agenda“ dahinter. Auch wenn Grenzwerte eingehalten werden, so werden doch – das haben Untersuchungen z.B. bei Netzleitungen, gezeigt – Dinge, die man sehen kann, deutlich negativer wahrgenommen als die, die man nicht sieht. Das Auge vermittelt das Gefühl, „das ist mir zu nahe“. Menschen haben also auch eine subjektive Einschätzung davon, was für sie gefährlich ist. Es ist wichtig, dies zu akzeptieren und adäquat damit umzugehen, d.h. auch bei der Planung und Kommunikation mit zu berücksichtigen.

2.5 Runde Tische stellen alle Beteiligten vor neue Fragen und Herausforderungen:

- Der Investor muss bereit sein, Planungen transparent zur Verfügung zu stellen und sich auf eine nicht nur technisch-naturwissenschaftliche, sondern auch emotionale Debatte einlassen, bei der es auch um Ängste und Empörung geht.
- Die geladenen Experten müssen bürgernah, das heißt allgemein verständlich vortragen. Sie müssen dafür immer wieder aus ihrem Fachchinesisch aussteigen und – dennoch auf wissenschaftlichem Niveau - allgemein verständliche Botschaften vermitteln und sich dabei auch noch zeitlich kurz fassen.
- Die PolitikerInnen müssen Abstand davon nehmen, ihre parlamentarischen und Wahlkampfdebatten am Runden Tisch zu wiederholen, sondern beweisen, dass sie auch zuhören können. Und sie müssen den Mut haben, auch Positionen zu beziehen und zu modifizieren.
- Natur- und Umweltverbände müssen sich schwierigen Zielkonflikten stellen, müssen abwägen zwischen Naturschutz und Klimaschutz – und eben ggf. dann auch Ja sagen können bzw. Bedingungen dafür erarbeiten, wenn sie insgesamt glaubwürdig bleiben wollen.
- Bürgermeister und kommunale VertreterInnen der Ratsfraktionen als demokratisch legitimierte Vertreter der Bevölkerung müssen sich als Mittler verste-

hen und sich der Aufgabe stellen, Anwohnerinteressen zu organisieren und zu bündeln.

- Bürgerinnen und Bürger stehen vor der Herausforderung, komplexe Inhalte zu durchdringen, und dürfen nicht der Versuchung erliegen, nur den Prozess zu kritisieren oder gar andere Teilnehmer des Runden Tisches persönlich zu diffamieren, wenn sich die eigene Position nicht durchsetzt.

3. Einschätzung der inhaltlichen Ergebnisse und Empfehlungen für den Nachfolgeprozess

Ich möchte aus durchaus subjektiver Sicht meine Einschätzung zu einigen Punkten in gebotener Kürze und ohne Anspruch auf Vollständigkeit darstellen.

Und natürlich steht diese unter dem Vorbehalt, dass sich das Projekt Pumpspeicherwerk Atdorf tatsächlich als realisierbar erweist. Dies ist durchaus nicht selbstverständlich. Zum einen kann es natürlich sein, dass die Baugenehmigung nicht erteilt wird, wenn die Bedingungen zur Erteilung nicht erfüllt werden können. Auch nach erteilter Genehmigung muss der Investor erst die wirtschaftliche Abwägung treffen, ob sich der Bau einschließlich der beschlossenen Auflagen lohnt. Die Energiewirtschaft ist zur Zeit sehr im Umbruch und mit ihr die Energieunternehmen. Vieles wird auch davon abhängen, ob die Bundesregierung Speichertechnologien ausreichend unterstützt.

Wichtig sind mir folgende Empfehlungen für den Nachfolgeprozess.

3.1 Grundsatzdebatte

In der Tendenz wurde am Runden Tisch Atdorf deutlich: Nach den bundespolitischen Beschlüssen zum Atomausstieg und nachdem sich alle Parteien auch über die Ziele der Energiewende einig sind (Energieeffizienz, Energieeinsparung und zügiger Ausbau der Erneuerbaren Energien), ist der Ausbau von Speichertechnologien notwendig. Dazu gehören auch Pumpspeicherwerke. Wenn solche auch in Deutschland sein sollen (und da waren sich nicht alle am Runden Tisch einig), dann ist der Südschwarzwald dafür eine besonders geeignete Region.

Während der Naturschutzbund (NABU) die Notwendigkeit von PSW im Südschwarzwald bejaht, fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) ein Moratorium von 5 Jahren, da die Technologieentwicklung noch im Fluss sei. Dies wurde u.a. vom grünen Umwelt- und Energieminister Franz Untersteller zurückgewiesen. Atomausstieg und der damit verbundenen zügige Ausbau der Erneuerbaren Energien, machen - will man wegen des Klimaschutzes nicht auf Kohlekraftwerke setzen, schnelles Handeln notwendig.

Die BI dagegen setzt z.T. auf große Pumpspeicherwerke in Norwegen. Bleiben die Fragen, ob die Norweger angesichts der sehr niedrigen Energiepreise im Land überhaupt Interesse haben an großen Verbundleitungen (denn dann würde sich der Preis angleichen), ob Naturschützer vor Ort und im Wattenmeer (Leitungsbau) nicht auch gegen die Eingriffe protestieren würden und ob innerhalb eines Konzeptes, das auf möglichst dezentrale Technologien setzt, norwegische Pumpspeicherwerke, die ja nun höchst zentral sind, Sinn machen. Wahrscheinlicher ist, dass wir beides brauchen.

3.2 Alternative Standorte

Ich habe große Hochachtung vor den Bürgerinnen und Bürgern, die die Alternativstandorte ausgearbeitet haben. Mir scheint, es wäre durchaus sinnvoll gewe-

sen, insbesondere die Wehrer Variante auch im Raumordnungsverfahren einzu- beziehen. Allerdings sind beide unabhängigen Gutachter zu dem Ergebnis ge- kommen, dass Atdorf der am besten geeignete Standort ist. Wenn selbst Bert- hold Frieß vom BUND sagte, dass, wenn man denn ein PSW in der Region bauen wolle, dann Atdorf nicht der dümmste Standort ist, so sollte man die Debatte um Alternativstandorte in der Region jetzt beenden.

3.3 Quellen- und Gewässerschutz

Der Berg „Abhau“, an dem der obere Stausee entstehen soll, ist ein hochwerti- ger Quellberg. Für den Bau des PSW Atdorf müssten über 20 Quellen verringert oder zerstört werden. Sie sind auch wertvolle Lebensräume für speziell ange- passte Tiere und Pflanzen. Es ist verständlich, dass dies für Naturschützer schmerzlich ist. Es müssen dafür durch den Investor im Umfeld des Projektes Quellen, die derzeit beeinträchtigt sind, durch Ausgleichsmaßnahmen aufgewer- tet und/oder renaturiert werden.

Unabdingbar ist der Erhalt der Heilquellen. Ob die dafür vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen ausreichen, sollte unbedingt weiter projektbegleitend intensiv untersucht und per Monitoring überprüft werden.

3.4 Ersatzwasserversorgung

Weil einige Quellen ab Baubeginn nicht mehr zur Verfügung stehen, finanziert die Schluchseewerk AG in Absprache mit den Gemeinden hochwertigen Ersatz der Trinkwasserversorgung. Es kommt dabei zu einer für die Gemeinden kostengüns- tigen Modernisierung der Trinkwasserversorgung. Für die Kommunen ein guter Deal.

3.5 Natur- und Artenschutz

Der Natur- und Artenschutz wird im Zentrum des Planfeststellungsverfahrens stehen. Schon manch ein Projekt ist an diesem Thema gescheitert. Eine der zu klärenden Fragen ist die Ausweisung der FFH-Gebiete in diesem Zusammenhang. Auf beiden Seiten werden sich sehr fachkundige Gutachter gegenüberstehen.

Leider haben sich die Umweltverbände aus (verständlichen) strategischen Erwä- gungen (man wollte nicht über die Ausgestaltung reden, solange das PSW grund- sätzlich ablehnt) lange der Debatte über den Ausgleichsplan verweigert. Hier wird aber ein Schatztruhe für den Naturschutz geöffnet. Ca. 50 bis 70 Mio. Euro werden für Renaturierung von Quellen und Wälder, für Wildkorridore etc. ausge- geben.

Andre Baumann vom NABU hat nun gefordert, dass mehr zusammenhängende Waldgebiete in die Ausgleichsmaßnahmen aufgenommen werden; diese sind dann ökologisch besonders wertvoll, gerade auch für neue einwandernde Arten wie z.B. den Luchs. Dafür muss aber Staatsforst zur Verfügung gestellt werden, denn der private Forst verfügt aufgrund der in Baden-Württemberg üblichen Erb- schaftsregelung meist nur über kleine Flächen. Notwendig ist hier also das Han- deln des Landesministers für Landwirtschaft, Naturschutz- und Tourismus Ale- xander Bonde. Und das muss schnell gehen! Evtl. kann dies kombiniert werden mit der Idee eines Biosphärengebiets Südschwarzwald. Notwendig ist aber eine positive Akzeptanz dafür vor Ort - von Kommunen wie auch von den Land- und Forstwirten.

3.6 Tourismus (Freizeit und Kliniken)

Von der wirtschaftlichen Bedeutung her kommt dem Freizeit- und Urlaubstourismus sowie dem Klinik-/Sanatoriums-Tourismus ungefähr gleiche Bedeutung zu. Dies ist natürlich je nach Gemeinden unterschiedlich.

Aus dem Gutachten, das der Runde Tisch in Auftrag gegeben hat, geht hervor, dass der Freizeittourismus, wenn man es richtig macht – und dafür wurde der Prozess durch den Runden Tisch rechtzeitig angestoßen - von der Bauphase sogar profitieren kann. Die Schluchseewerk AG hat zugesagt, für die Unterbringung der Arbeiter kein Containerdorf zu errichten, sondern auf die bestehen Unterbringungsmöglichkeiten insbesondere auch in Rickenbach, Wehr und Herrischried zurückzugreifen. Nimmt man den Baustellentourismus noch dazu, so ist eher zu erwarten, dass hier ein Plus entsteht.

Frühzeitig vorbereiten muss man sich auf die Phase nach der Bauzeit. Das Image „Ruheforscher“ wird natürlich beschädigt werden. Aber: Wenn man die eingerichteten Fonds gut nutzt, der Region neue touristische Leuchttürme hinzufügt und wenn man rechtzeitig eine gute Öffentlichkeits- und Imagekampagne startet (aus dem beschlossenen Fonds finanziert), kann man auch einen Neustart hinlegen. Dabei ist das PSW, das dann ruhig und still daliegt und durchaus auch auf wohlwollendes Interesse der Touristen stoßen kann (wenn man es richtig macht!), kein Problem. Das sieht natürlich bei der A 98 anders aus (s. u.).

Der Tagestourismus in Bad Säckingen wird nicht beeinflusst werden.

Insgesamt muss man beim Thema Freizeit- und Urlaubstourismus seine Hausaufgaben machen, dann ist das PSW Atorf gut verkraftbar.

Schwieriger sieht das bei den Kliniken und Sanatorien aus. Sie sind für die Region ein wichtiger Wirtschaftszweig. Die objektive Belastung ist die eine Seite, mindestens genau so wichtig ist die psychologische Wirkung: Entscheidet man sich für einen Kuraufenthalt in der Nähe einer der größten Baustellen Deutschlands?

Daher ist die Besorgnis bei den Kliniken und Sanatorien sehr verständlich. Nicht im Interesse der Kliniken ist es, die Belastung öffentlich zu dramatisieren. Der erste Schritt ist, genau zu analysieren, wie groß die Belastung wann zu welchem Zeitpunkt tatsächlich sein wird. Das ist erstaunlicherweise noch nicht geschehen. Die Kliniken haben am Runden Tisch zugesagt, dies nachzuholen und in einen moderierten Dialog einzutreten. Danach muss man entscheiden, welche Gefahr größer ist: die objektive, tatsächliche Belastung oder die psychologische („größte Baustelle Deutschlands“) und den Gefahrenabwehrplan danach ausrichten.

Insgesamt sieht es für die Kliniken und die Sanatorien schwieriger aus. Aber: Besser als öffentlich Alarm zu schlagen und damit die Probleme zu verstärken ist es, sich mit dem neuen Bürgermeister aus Bad Säckingen zusammzusetzen und eine Gefahrenabwehrstrategie zu erarbeiten.

Unerlässlich ist die Absicherung des Heilbadstatus von Bad Säckingen.

3.7 Erdbebensicherheit

Der von den Bürgermeistern und BürgerInnen benannte Sachverständige Dr. Martin Wieland (PÖYRY Energy aus der Schweiz), der gleichzeitig auch Vorsitzender der Internationalen Talsperrenkommission ICOLD ist, berichtete, dass es weltweit bisher nur ein einziges Mal durch eine Erdbeben zum Bruch eines Staudammes gekommen ist. Die Dämme in Atdorf sollen nach dem im Vergleich zu Deutschland höheren schweizerischen Standard gebaut werden. Zudem ist das Gebiet keine Erdbebenregion. Selbstverständlich muss jetzt im Planfeststellungs-

verfahren noch genau geprüft werden und dann auf sachgemäße Umsetzung geachtet werden.

3.8 Anwohnerbelange

Hier geht es um Lärm durch die Baustellen und den Verkehr, um Staubbelastung und andere Emissionen, um Erschütterungen und um die Frage, wie Immobilien abgesichert sind, wenn sie durch die Erschütterungen Schaden erleiden sollten. Der unabhängige Gutachter, den sich die Interessengemeinschaft der AnwohnerInnen nach intensiver Diskussion ausgesucht hat, kam vom TÜV Süd. Er war der Meinung, dass jetzt schon auf sehr hohem Niveau gearbeitet wird, um einen möglichst umfassenden Schutz für die Anwohner zu gewährleisten. Der Investor hat sich sehr bemüht, die Belastungen für die Anwohner möglichst zu reduzieren und sie weit unter den gesetzlichen Werten zu halten. U.a. ist es gelungen, einen Großteil des Verkehrs aus der Stadt Wehr fernzuhalten, indem eine Deponie vor der Ortschaft gefunden wurde und ein Großteil des Aushubs wieder verbaut wird. Der Gutachter lobte außerdem die Schluchseewerk AG für ihr Monitoringsystem, das die Grenzwerte kontinuierlich überwacht. Dies ist keine Selbstverständlichkeit.

Die Schluchseewerk AG hat zugesagt, dass der Zustand der Immobilien zu Baubeginn festgehalten wird, so dass ein möglicher Schaden nachgewiesen und ggf. dann auch bezahlt bzw. behoben werden kann.

Natürlich muss sich im laufenden Prozess weiter um Optimierung bemüht werden. Ganz zentral dafür ist, dass sich die Anwohnerschaft gut organisiert und die Bürgermeister ihre Aufgabe ernst nehmen, die Interessen der Anwohner gegenüber dem Investor zu vertreten.

3.9 Arsen

Das Gestein, das ausgehoben wird, um die Pumpspeicherseen zu bauen, ist u.a. arsenhaltig. Dies führt zu berechtigten Besorgnissen, ob der Staub, der beim Baustellenbetrieb und durch den Transport entsteht, zu Gesundheitsbelastungen führen kann oder ob das Grundwasser oder die Quellen belastet werden könnten.

Diese Fragen müssen glaubhaft beantwortet werden. Daher war es richtig, dem Kommunen einen Gutachter ihrer Wahl zur Verfügung zu stellen, der sie in ihren Interessen berät (René Schiermann, TÜV Süd). Die Ergebnisse waren: Das geogene Arsen tritt weiträumig im Schwarzwald auf. Bisher gibt es zu keinerlei Beeinträchtigung. Es gibt erhöhte naturbedingte Arsengehalte im Grundwasser in vielen Gebieten. In den Mineralquellen von Bad Säckingen treten wesentlich höhere Arsengehalte als im Bereich des geplanten Pumpspeicherwerks Atdorf auf. Benutzt man also den Aushub wie geplant zum Bau der Staumauer (was die Transporte durch Wehr u.a. drastisch minimiert), kommt Gleiches zu Gleichem, dadurch verändern sich die Arsen-Verhältnisse nicht. Ob dies tatsächlich so ist, muss im Planstellungsverfahren genau geprüft werden.

Aufpassen muss man bei der Staubentwicklung. Hier sind umfangreiche Maßnahmen zu ergreifen, damit die Emissionen weitreichend reduziert werden. Eine ganz wichtige Frage auch beim Monitoring!

Zusammenfassend ist also u.a. notwendig:

- Auswanderungen des Arsens verhindern
- Staubverwehungen minimieren
- Reinigung der Baufahrzeuge
- Quellen- und Grundwassermonitoring

- Technischer Schutz der Schindelgrube-Deponie
- Staubmonitoring

3.10 A 98

Es scheint, dass der Widerstand gegen die A 98 die Debatte um das PSW Atdorf dynamisiert hat. Oder umgekehrt: Viele Gegner des PSW Atdorf waren zuallererst Gegner des Weiterbaus der A 98. Doch der Runde Tisch PSW Atdorf war kein Runder Tisch zur A 98. Der Region und dem Regierungspräsidium ist zu empfehlen, sehr zügig in einem transparenten Verfahren (vergleichbar wie beim PSW Atdorf) die offenen Fragen zu klären:

- Welche Trassenvariante soll gebaut werden?
- Wie können beide Bauvorhaben möglichst miteinander verzahnt werden?

Eine minimierte Umsetzung der A 98, so wie es ein Vertreter der BI vorgeschlagen hat, könnte durchaus ein wenig die Wogen glätten.

3.11 Wesentliche Nachfolgeprozesse

Der Runde Tisch hat durch die kompakte Debatte wie in einem Kristallisationsprozess wichtige Impulse für die Region gesetzt:

- Der Runde Tisch hat den Impuls gegeben, dass die Anwohner ihre Interessen organisiert vertreten. Die Bürgermeister sind die demokratisch legitimierten Anwälte der AnwohnerInnen und Anwohner. Auch wenn die Schluchseewerk AG schon einiges unternommen hat, um die Anwohner möglichst wenig durch den Bau zu belasten, sollten diese sich weiter intensiv mit den Bürgermeistern absprechen, ihre Interessen im Planfeststellungsverfahren und während der Bauphase koordiniert artikulieren und an die Genehmigungsbehörde sowie an den Investor herantragen. Zu prüfen ist der Vorschlag, während der Bauphase eine Ombudsstelle als ersten Anlaufpunkt für Beschwerden einzurichten.
- Die Unternehmen der Region sollten ebenfalls intensiv mit der Schluchseewerk AG im Gespräch bleiben, damit möglichst viel der mit Planung und Bau verbundenen Wertschöpfung in der Region verbleibt.
- Die Aufgabe für die Tourismusbranche lautet: Die Bauphase so weitestgehend wie möglich positiv gestalten (Belegung der Betten mit Bauarbeitern, Baustellentourismus ...) und sich rüsten für die Zeit danach mit einem offensiven Konzept der Neuvermarktung, in dem Stausee und Staumauer als touristische Attraktion entwickelt werden. Dafür hat das Gutachten des Runden Tisches einen ersten wichtigen Impuls gesetzt. Weitere, vertiefende Gutachten sollten folgen und im engen Dialog aller Beteiligten beraten und weiterentwickelt werden. Die Schluchseewerk AG hat für einen Fonds, der die Maßnahmen finanzieren soll, finanzielle Unterstützung zugesagt. Die Schwarzwald Tourismus GmbH wird den Prozess koordinieren.
- Ein wichtiges Thema ist die Absicherung der Kliniken innerhalb dieses Prozesses. Vorgeschlagen durch die unabhängigen Gutachter ist dafür ein moderierter Diskussionsprozess. Schluchseewerk AG, Kliniken und der neu gewählte Bürgermeister von Bad Säckingen werden diesen Vorschlag aufgreifen. Der neue Bürgermeister von Bad Säckingen wird den Prozess koordinieren. Wichtig: Belastungen sollten im Interesse der Kliniken nicht öffentlich übertrieben werden.
- Zentrale Frage wird der Erhalt des Heilbadstatus von Bad Säckingen sein. Dies hängt aber bei weitem nicht nur am Bau des Pumpspeicherwerkes. An-

fang des Jahres wird dazu mit dem neu gewählten Bürgermeister eine Nachfolgeveranstaltung des Runden Tisches stattfinden.

- Die Naturschutzverbände sollten die verbleibende Zeit bis zum Plangestellungsverfahren nutzen, um Einfluss auf die Ausgleichmaßnahmen zu nehmen. Hier werden von Seiten des Investors ca. 50 –70 Mio. Euro in die Hand genommen. Diese Schatztruhe sollte so sinnvoll wie möglich für den Naturschutz verwendet werden. Erste Vorschläge der Umweltverbände liegen auf dem Tisch. Es wurde ein Prozess verabredet, wie diese zeitnah mit dem Investor verhandelt werden, denn zur Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens sind keine Änderungen mehr möglich.
- Darüber hinaus steht die Forderung nach einer Stiftung für den Naturschutz im Raum, die noch verhandelt werden muss.
- Die Region sollte möglichst hohen Nutzen aus der Energiewende ziehen. Dieser Prozess sollte in einem Netzwerk organisiert werden, an dem sich Kommunalpolitik, Unternehmen, Verbände und BürgerInnen beteiligen können. Schon jetzt stehen in der Region Speicher zur Verfügung, um die Erneuerbaren Energien zu veredeln und damit besonders wertvollen Strom zu erzeugen. Der Umwelt- und Energieminister des Landes Baden-Württemberg Franz Untersteller hat für eine Potenzialstudie finanzielle Unterstützung zugesagt. Den fehlenden Beitrag könnten die beteiligten Unternehmen anteilig übernehmen. Entscheidend ist, dass vor allem Umweltverbände, Bürgermeister (bzw. Amtsverweser) und KommunalpolitikerInnen diese Initiative aufgreifen und ausgestalten. Damit könnte ein wichtiger wirtschaftlicher Impuls für die Region gesetzt werden, von dem alle profitieren könnten.
- Dringend notwendig ist eine Klärung der offenen Fragen zur A 98. Dies sollte ebenfalls in einem transparenten Prozess geschehen.

Jetzt müssen Bürgerinnen und Bürger, Kommunalpolitiker, Umwelt- und Tourismusverbände am Ball bleiben, um die Impulse, die der Runde Tisch gesetzt hat, weiter konsequent zu verfolgen.

4. Empfehlungen für vergleichbare Runde Tische

4.1 Zeitpunkt

Die Grundsatzdebatte und die Diskussion über alternative Standorte sollte vor dem Raumordnungsverfahren stattfinden. Debatten über das „Wie“ der Umsetzung machen erst Sinn, wenn vom Investor ausreichend Daten zur Umsetzung vorliegen, d.h. vor dem Planfeststellungsverfahren. Von daher wäre es sinnvoll gewesen, diesen Runden Tisch aufzuteilen und mit dem ersten Teil früher zu beginnen. Es war aber gut, dass die Grundsatzdebatte zumindest nachgeholt wurde.

4.2 Finanzierung

Alle Teilnehmer des Runden Tisches haben im Vorfeld akzeptiert, dass der Investor den Runden Tisch finanziert. Die Alternative wäre der Steuerzahler gewesen. Aber: Wenn ein Investor etwas von der Gesellschaft will, dann ist es auch gerechtfertigt - genau wie bei Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren -, dass der Investor die Kosten trägt. Dies gilt allerdings nur für konkrete Projekte, nicht aber für Vorfeldprozesse (s.o.). Dafür ist die Politik verantwortlich. Natürlich kann sie sich dabei auch um

Sponsoren bemühen, denn Unternehmen, die in eine Vorfeldprozess einbezogen sind, haben ein außerordentlich hohes Maß an Investitionssicherheit.

4.3 Neutralen Prozess gewährleisten

Wenn der Investor die Kosten trägt, ist es um so wichtiger, dafür zu sorgen, dass alle Teilnehmer das Vertrauen haben, dass der Prozess und die Moderation neutral ist.

Dazu gehört: Die Moderation muss ein eigenes Budget für Gutachter haben, die der Runde Tisch auch auf Wunsch der kritischen Teilnehmer einbestellen möchte. Dies war bei diesem Runde Tisch ausreichend der Fall. Kein einziger Wunsch nach einem Gutachter blieb unerfüllt.

Wie sieht es mit Gutachten aus, die ein Runder Tisch in Auftrag geben möchte? Der Runde Tisch Atdorf hat dafür die Zustimmung des Investors vorausgesetzt. Es geht dabei um sehr viel Geld, angefangen im 6-stelligen Bereich mit offenem Ende. Natürlich ist der Druck zuzusagen, recht hoch. Eine Alternative wäre, einen begrenzten Finanztopf bei der Moderation einzurichten, den die Teilnehmer dann selbst verwalten.

Zentral ist: Der/die ModeratorIn darf keinerlei Vorgaben haben, wie er/sie den Prozess gestaltet.

Ein Moderator oder eine Moderatorin muss sich im Prozess als neutral erweisen, sonst ist das Vertrauen schnell verspielt. Darauf kommt es an.

4.4 Aufwandentschädigung

Die Schluchseewerk AG hat sich bereit erklärt, den TeilnehmerInnen, die nicht Mandatsträger sind (letztere können aus Gründen des Korruptionsschutzes nicht entschädigt werden) auf Antrag und mit Nachweis des Verdienstauffalls eine Aufwandentschädigung zu zahlen. Diese Regelung hat sich so nicht bewährt. Insbesondere die freischaffenden TeilnehmerInnen hatten Schwierigkeiten, ihren Verdienstauffall nachzuweisen. Es gab zudem unterschiedliche Meinungen darüber, ob auch bei Verbänden angestellte TeilnehmerInnen eine Aufwandentschädigung verlangen dürfen. Zudem besteht die Gefahr, dass das Ganze auch ein „Geschmäcke“ bekommt. Besser wäre ein Fonds, angesiedelt bei der Moderation, aus dem nur die Ehrenamtlichen, wenn sie es wünschen, ein öffentlich bekanntes Tagungsgeld bekommen.

4.5 Vorprozess wichtig!

Für das Gelingen ist es von zentraler Bedeutung, dass mit allen TeilnehmerInnen im Vorfeld gesprochen wird. Dabei geht es um die Fragen Zielvorstellungen, Themen, die besprochen werden sollen, Spielregeln, aber auch um das gegenseitige Kennenlernen, da ja der/die ModeratorIn sinnvollerweise häufig von außen kommen wird. Es wäre kein guter Start in den Prozess, wenn die erste Sitzung von zähen Verhandlungen über Spielregeln geprägt wäre.

4.6 Zeit nehmen für Spielregeln und Zieldefinition

Auch wenn alle gleich loslegen wollen: In der ersten Sitzung sollte man sich gut vorbereitet (s. 4.5) die Zeit nehmen, um möglichst einstimmig die Spielregeln festzulegen und die Ziele zudefinieren. Dies erspart sehr viel Konflikte und Störungen im Verlauf und ist ein erster Schritt zu einer sachlichen und konstruktiven Diskussion.

Es hat sich bewährt, diese auch gemeinsam zwischendurch zu reflektieren: Was läuft gut, was weniger gut? Wie empfinden die TeilnehmerInnen den Prozess?

4.7 Anzahl der Teilnehmer

Die Zahl der TeilnehmerInnen sollte so begrenzt wie möglich sein, um echte Debatten zu ermöglichen. Aber: Die wesentlichen Betroffenen bzw. Projektbeteiligten bzw. deren VertreterInnen müssen einbezogen sein. Wenn es zum Dialog zwischen übergeordneten Interessen und Vor-Ort-Interessen kommen soll, muss sich das in der Teilnehmerliste widerspiegeln.

4.8 Berater haben sich bewährt.

Die Idee, dass jeder Teilnehmer ein bis zwei Berater mitbringen kann, hat sich bewährt. Für diejenigen, die aus einer Organisation oder aus einem Verband kommen, aus dem nicht nur einer am Runden Tisch teilnehmen soll, sondern man sich je nach Thema abwechseln möchte (wie z.B. BIs Umweltverbände...) gibt es die Möglichkeit, mehr Leute einzubeziehen, die dann auch Kontinuität darstellen. Für andere Teilnehmer gibt es damit die Möglichkeit, sich zusätzlich Sachverstand mitzubringen. Das ist für alle gut. Die Berater haben kein Rederecht (es sei denn auf Antrag) und sitzen in der zweiten Reihe.

4.9 Unter-AGs sind eine gute Struktur.

Der Runde Tisch Atdorf hat sich so organisiert, dass AGs, an denen jeder teilnehmen konnte, die Debatten vorstrukturiert haben: Um welche Fragen geht es, welche Referenten werden dafür einladen, welche Gutachten brauchen wir dafür? usw. Das hat sich sehr bewährt. Dadurch gab es am Runden Tisch selbst keine Strukturierungsdebatten, in denen Zeit versenkt wurde. Zudem entstanden immer wieder sehr wertvolle Gespräche über die Fragen des Verfahrens und darüber, wo die Probleme bei der Verständigung liegen. In dem nicht so ganz offiziellen Rahmen konnte man sich auch menschlich näher kommen.

Wichtig: Es darf niemals das Gefühl auftauchen, dass da gemauschelt wird. Wie man das anstellt, muss man debattieren (s.u.). Dieser Runde Tisch hat sich darauf verständigt, in den AGs keine inhaltlichen Diskussionen zu führen und die schreibende Presse zuzulassen.

In der Verfahrens-AG des Runden Tisches wurden u.a. folgende Fragen diskutiert: Wie geht man mit Ängsten von BürgerInnen um? Warum gibt es so unterschiedliche Risikobewertungen? Wie kann man die BürgerInnen besser informieren? Das gemeinsame Reflektieren der Struktur, vor allem wenn man dann auch gemeinsam Lösungen für Probleme findet, stärkt das Wir-Gefühl der TeilnehmerInnen des Runden Tisches.

Anstatt völlig offen jeden zuzulassen, den die jeweilige Organisation benennt (z.T. ist z.B. die BI auch zu viert aufgelaufen), könnte man z.B. auch ein System der Obleute-Besprechung einrichten. Bei diesem Runden Tisch hat das offene Verfahren sehr gut funktioniert.

Wenn ausreichend Vertrauen in Transparenz besteht, könnte man auch inhaltlich vordebattieren. Dagegen war aber u.a. die BI sehr strikt. Dann geht es nicht. Man würde aber doch die Debatten am Runden Tisch selbst noch besser vorbereiten können.

4.10 Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Runde Tisch ist ein Instrument, um die Zivilgesellschaft stärker einzubeziehen. Aber er hat auch die sehr wichtige Funktion, die Öffentlichkeit in einem Diskussionsprozess mitzunehmen. Zudem ist die Öffentlichkeit die Kontrolle, dass da nicht gemauschelt wird. Transparenz des Prozesses ist also zentral!

Live-Stream-Übertragungen der Sitzungen des Runden Tisches im Internet und Public Viewing haben sich bewährt. Dabei ist auf Qualität zu achten, d.h. die Fernseh-Sehgewohnheiten sind zu berücksichtigen. Falls es räumlich möglich ist, sollte man auch Publikum zulassen. Es ist allerdings sicherzustellen, dass das Publikum auch zuhört und nicht mitdiskutiert.

4.11 Presse

Es hat sich bewährt, schreibende Presse zuzulassen. Ständig laufende TV-Kameras hätten den Diskussionsprozess allerdings gestört und einen Teil der Teilnehmer wohl auch überfordert. Gegen Bilder am Anfang ist natürlich nichts einzuwenden.

4.12 Zeitraum

Natürlich: Die Themen sind komplex und über jedes Thema hätte man auch zwei Wochen debattieren können.

Aber: Schon dieser Prozess war für viele Teilnehmer an der Grenze der Möglichkeiten. Manche konnten aus diesem Grunde die Einflussmöglichkeiten, die dieser Prozess geboten hat, nicht nutzen. Zudem: Je länger man debattiert, je mehr man ins Detail geht, desto größer ist die Gefahr, dass nur noch wenige BürgerInnen den Prozess noch verfolgen können und wollen. Ein Runder Tisch soll ja auch nicht die Genehmigungsverfahren doppeln, wo man noch wesentlich tiefer ins Detail einsteigt.

Fazit: Man muss den Zeitraum begrenzen auf z.B. ein $\frac{3}{4}$ Jahr. Dies zwingt alle dazu, tatsächlich Schwerpunkte auf die wesentlichen Themen zu setzen und die Botschaften zuzuspitzen. Zudem macht die kompakte Diskussion Druck auf die Nachfolgeprozesse (s.u.), jetzt tatsächlich „zu Potte“ zu kommen, weil man ansonsten das „Window of Opportunity“ verpasst.

4.13 Gutachter

Man muss Klarheit darüber schaffen, ob man Gutachter bestellt, die eher in der Rolle des neutralen Richters auftreten, oder eher in der Rolle des parteilichen Anwaltes (bzw. Staatsanwaltes). Ein Gutachter, der die Interessen der Anwohner oder der Umweltverbände vertritt, ist auf Basis des Gesetzes parteilich und wird von denjenigen betreut, die er/sie unterstützen soll. Ein Gutachter, der von allen als neutral und unabhängig eingeschätzt wird und in dieser Rolle auch eingeladen wird, muss völlig selbstständig arbeiten.

4.14 Bürgermeister

Bürgermeister sind demokratisch legitimierte Interessenvertreter. Bei einem Runden Tisch, bei dem ja „nur“ die Zivilgesellschaft, nicht aber die BürgerInnen direkt einbezogen werden, haben besonders die BürgermeisterInnen, aber auch die kommunalen Vertreter der Parteien oder Ratsfraktionen die Aufgabe, das Scharnier zu den BürgerInnen zu sein. Sie müssen

die Rolle auch ausfüllen, dass sie die Interessen der AnwohnerInnen und Anwohnern vertreten (dafür müssen sie sie kennen!) und die Ergebnisse des Runden Tisches an sie vermitteln.

4.15 Runde Tische sollen Prozesse anstoßen.

Ein Runder Tisch darf kein singulärer Prozess sein. Er sollte Impulsgeber sein für eine nachhaltige Entwicklung der Region.

Durch den kompakten Verlauf wird in relativ kurzer Zeit sehr intensiv über ein Projekt berichtet und diskutiert. Dadurch, dass ein klares Ende gesetzt wird, entsteht ein „window of opportunity“ (Fenster der Möglichkeiten), welches klar macht: Jetzt muss man die Ärmel hochkrempeln, ansonsten verpasst man eine Chance. Wie in einem Brennglas können dadurch Prozesse angestoßen werden, die nach Beendigung des Runden Tisches von der kommunalen Gemeinde weiter geführt werden und die Region insgesamt für den Nachfolgeprozess besser aufstellen als vorher. Dazu können gehören: Neue Strukturen, Gutachten und Leitbilder für den Tourismus, Interessengemeinschaften von AnwohnerInnen und/oder Unternehmern, die dann besser mit dem Investor verhandeln können, Netzwerke für Energiewende und Klimaschutz in der Region etc.

Dabei muss jeweils genau festgelegt werden, wer für welchen Nachfolgeprozess verantwortlich ist.

5. War der Runde Tisch PSW Atdorf erfolgreich?

Alle wichtigen Gruppierungen der Zivilgesellschaft (Umweltverbände, Kommunalpolitiker, Bürgerinitiative, Unternehmer, Tourismusverbände ...) waren am Runden Tisch beteiligt und haben sich bis zum Schluss konstruktiv eingemischt.

Die Ziele, die sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Runden Tisches in ihrer ersten Sitzung am 25. Juni 2011 selbst gesetzt hatten, wurden erreicht:

- Diskussion über die bedeutsamen Aspekte des geplanten Pumpspeicherwerkes incl. Frage der grundsätzlichen Notwendigkeit
- Herstellung von Transparenz über die Entscheidungsgrundlagen
- Kompetenzzuwachs bei allen Dialogpartnern
- Versachlichung der Diskussion
- Verbesserte Grundlage und Voraussetzungen für die weiteren Entscheidungsprozesse
- wenn möglich, Erarbeitung von Lösungs- und Kompromissvorschlägen in Einzelpunkten

Wir haben über die bedeutsamen Aspekte des geplanten Pumpspeicherwerkes incl. die Frage der grundsätzlichen Notwendigkeit debattiert. Jeder Teilnehmer, aber auch die Bürgerinnen und Bürger konnten und können sich weiter über Public Viewing, Internet, persönliche Teilnahme auf der Galerie und auch über die ausführliche Berichterstattung der Presse über die Fragen informieren, die anstehen.

Der Runde Tisch hat durch die kompakte Debatte wie in einem Kristallisationsprozess wichtige Impulse für die Region gesetzt: Für den Tourismus, die Kliniken, für die Organisation der Anwohnerinteressen, für den Naturschutz und für die Energiewende vor Ort.

Auch wenn man noch manches besser machen kann: Die Struktur, die sich der Runde Tisch Atdorf gegeben hatte, war im Großen und Ganzen gut.

Das Pumpspeicherwerk Atdorf wird Belastungen für die Region bringen, die es zu steuern und zu minimieren und gilt. Der weitere Prozess birgt jedoch auch Chancen, die es zu nutzen gilt. Dabei können alle Beteiligten – Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Umwelt- und Tourismusverbände und Unternehmen - eine kritische und konstruktive Rolle spielen, in dem am Runden Tisch gezeigten Geist der aktiven Partizipation, der Sachlichkeit, des laufenden Kompetenzzuwachses und des persönlichen Engagements.

Der Runde Tisch war somit ein erfolgreicher und produktiver Prozess für alle Beteiligten. Er hat sich bewährt, auch als Modell für vergleichbare Verfahren. Alle Beteiligten haben sich somit an der Weiterentwicklung von Bürgerbeteiligung und partizipativer Demokratie verdient gemacht.

6. Dank

Ich danke allen Teilnehmern des Runden Tisches für das Vertrauen, sich von mir koordinieren zu lassen. Es war meistens ein sehr kollegialer und konstruktiver Dialog möglich.

Ich danke besonders den Ehrenamtlichen, aber auch allen anderen, für die Ausdauer, diesen doch sehr intensiven Prozess mitzutragen, und für die Bereitschaft, sich in die sehr komplexe Materie einzuarbeiten. Ich danke den Bürgerinnen und Bürgern, die sich die große Mühe gemacht haben, alternative Standorte auszuarbeiten und hier vorzustellen.

Ich danke dem Investor der Schluchseewerk AG dafür, dass sie als erster Investor bundesweit diesen Runden Tisch als ergänzendes Element innerhalb von Planungs- und Genehmigungsverfahren möglich gemacht hat.

Danke auch an die Landesregierung und an die Abgeordneten von Landtag und Bundestag, dass sie sich Zeit genommen haben, diesen Prozess intensiv zu begleiten. Es geht ja gerade auch um einen Dialog der kommunalen Ebene mit denjenigen, die die Energiekonzepte schreiben und beschließen. Und ich persönlich finde, es gehört sich daher auch, Position zu beziehen und sich mit seiner Meinung zur Diskussion zu stellen. Politiker, die nicht sagen, was sie denken, brauchen wir nicht.

Ein Dankeschön auch an die Bürgermeister Thater und Berger, die sich besonders eingebracht haben, u.a. durch die Organisation der Public Viewings, aber auch durch die Bereitschaft, Anwohnerinteressen zu organisieren und an den Runden Tisch zu bringen. Dank natürlich auch an die Kreisvorsitzenden der Parteien und der Freien Wähler, die Bürgernähe und Sachverstand miteinander kombiniert haben.

Vielen Dank auch an die Umweltverbände, die sich die Zeit genommen haben, mir die betroffenen Gebiete auch persönlich zu zeigen, und die wirklich vor schwierigen Fragen stehen, wenn sie Klimaschutz und Naturschutz gegeneinander abwägen müssen.

Ich danke allen meinen MitarbeiterInnen: Linda Tiedemann, Anna Scherrer, Marita Rosowski und Andreas Keller, Susanne Haag, aber auch den Mitarbeiterinnen der Schluchseewerk AG, die sich an der Organisation beteiligt haben, wie Frau Junia Folk, Frau Leisinger und Herrn Buckmann für ihr großes Engagement.

Berlin/Bad Säckingen, 21. 11. 2011 Michaele Hustedt